

Geschäftsmodell für Zirndorf?

VERTAGT Die Grünen regen an, dass sich die Stadt zu ethisch orientiertem Wirtschaften verpflichtet.

VON SABINE DIETZ

ZIRNDORF - Allzu populär ist das Geschäftsmodell der Gemeinwohl-Ökonomie offenbar noch nicht. Zumindest habe er, so Bürgermeister Thomas Zwingel (SPD) in der jüngsten Stadtratssitzung, „erst mal nur Bahnhof verstanden“, als er den Antrag der Grünen zur Kenntnis nahm, sich in Zirndorf mit dem Thema zu befassen.

Was sich die Grünen davon versprechen, erläuterte Stadtrat Walter Schäfer ausführlich. Die Gemeinwohl-Ökonomie stelle das Wohlergehen der Menschen über rein wirtschaftliche Aspekte. Etwa dann, wenn es um Beschaffungen gehe: Sind die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozialverträglich und nachhaltig? – so formulierte Schäfer eine der zentralen Fragen.

Keine Frage ist es für die Grünen, dass Zirndorf in puncto Nachhaltigkeit bereits einiges erreicht hat: Die Bibertstadt ist seit 2014 Fair-Trade-Stadt, unlängst ist sie dem Pakt zur nachhaltigen Beschaffung in der Metropolregion beigetreten. Diese Projekte müssten jedoch auch mit Leben gefüllt werden. Nur zu oft aber, so die Kritik, zeigten Diskussionen in Stadtrat und Verwaltung, „dass bei tiefgreifenden Beschlüssen ausschließlich nach monetären

Gesichtspunkten entschieden wird“. Werte wie ökologische Nachhaltigkeit, Solidarität, demokratische Mitbestimmung, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit „bleiben auf der Strecke“, heißt es im Antrag der Grünen. Eine Bilanzierung der Gemeinwohl-Ökonomie könne die „ethische Performance“ der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten der Kommune sichtbar machen. Eine Stelle, die eine derartige, ethisch orientierte Geschäftspolitik zertifiziert, gibt es: den Verein Gemeinwohl-Ökonomie Bayern.

Die Menschen mitnehmen

Er honoriert die Bilanzierung – beispielsweise, inwieweit ethische Werte sowie demokratische Mitbestimmung und Transparenz das Handeln bestimmen. Der besondere Fokus liege darauf, wie intensiv die Menschen mitgenommen werden. Alle zwei Jahre werde neu bilanziert, die Umsetzung gesteckter Ziele überprüft.

Schäfer verwies auf das Beispiel Postbauer-Heng: Die oberpfälzische Gemeinde ist als eine der ersten in Bayern bereits in diesen Prozess eingestiegen. „Das hat zu einer Verbesserung der Gesprächskultur im Gremium geführt und sich für alle in unserer Gemeinde gelohnt“, zitierte Schäfer den dortigen Bürgermeister Horst Kratzer. Auch Kontakt zur Techni-



Die Stadt Zirndorf soll auf Gemeinwohl-Ökonomie setzen – das wünschen sich zumindest die Grünen. Das Stadtratsgremium war nicht abgeneigt, wünscht sich aber mehr Informationen.

sehen Hochschule in Nürnberg, die sich der ethischen Marktwirtschaft verpflichtet fühlt, hat Schäfer aufgenommen.

Alles „sicherlich hehre Ziele“, kommentierte Zwingel das grüne Anliegen; ob die jedoch so ohne weiteres mit den rechtlichen Vorgaben zu vereinbaren sind, schien ihm fraglich. Allein beim Vergaberecht sei die Stadt schließlich gehalten, dem wirtschaftlichsten Angebot den Vorzug zu geben.

Zwingel regte deshalb an, zunächst über die Rechtsaufsicht und die kommunalen Spitzenverbände abzuklären, inwieweit die Gemein-

wohl-Ökonomie rechtlich konform ins Handeln der Bibertstadt eingebettet werden kann.

„Etwas mehr Fleisch an die Knochen“ wünschte sich auch Sandra Hauber von der SPD, wenngleich sie durchaus sehe, „dass Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema ist“. Nur: „Wie misst man Nachhaltigkeit? Wie sieht der Prozess konkret aus? Was kann er leisten?“, fragte sie in die Runde. Das sei ebenfalls nur über eine externe Beratung zu klären, wie sie befand.

Auch Volker Berdich (Linke) meinte, „dass wir da nicht in Hektik verfallen müssen“, gehe es doch sicher um einen längerfristiger Prozess. Er

wünschte sich genauso wie Sandra Hauber oder auch Ursula Rauch (CSU) mehr Informationen. Letztere plädierte allerdings dafür, sich über den Rat von kommunalen Spitzenverbände und Rechtsaufsicht hinaus auch der via Schäfer angebotenen Expertise der Technischen Hochschule Nürnberg oder des Bürgermeisters von Postbauer-Heng zu bedienen. „Das eine schließt das andere ja nicht aus.“

Das zu übernehmen, delegierte Zwingel im Konsens mit dem Gremium abschließend an Martin Fenn, Kämmerer a.D., mittlerweile aber Fair-Trade-Beauftragter der Stadt.